

Italien

„Neuwahl nützt niemandem“

Der Politologe Michele Sorice über die Folgen des Bruchs zwischen Premier Silvio Berlusconi und Gianfranco Fini.

VON IRENE MAYER-KILANI ROM

Auf einem Krisengipfel mit den Spitzen seiner Partei „Volk der Freiheit“ sucht Silvio Berlusconi heute einen Ausweg aus der Koalitionskrise. Nach dem Bruch mit Gianfranco Fini, dem Präsidenten der Abgeordnetenversammlung, will der Premier ein neues, mehrheitsfähiges Regierungsprogramm vorlegen. Es soll auch jene 34 Abgeordneten und zehn Senatoren überzeugen, die Fini folgen. Der

Politologe Michele Sorice, der an der römischen Universität Luiss lehrt, analysiert im KURIER-Interview den Zustand des rechten Lagers.

KURIER: Rechnen Sie mit Neuwahlen in Italien?

Michele Sorice: Berlusconi, der mit Neuwahlen droht, ist selbst nicht zutiefst überzeugt, dass er dadurch Vorteile hat. Das Risiko einer Neuwahl mit dem bestehenden Wahlgesetz wäre ein Parlament ohne klare Mehrheit: Ein Szenario, das niemandem nützen würde. Einziger Gewinner wäre die Lega Nord, die auch am meisten auf Neuwahlen pocht.

Worin liegt die wahre Ursache des Konflikts zwischen Berlusconi und Fini?

Fini ist ein Mann der Institutionen mit großem Respekt für demokratische Regeln. Berlusconi ist ein Populist, der mit Emotionen spielt. Für Berlusconi haben sich Institutionen dem Wahlgewinner unterzuordnen. Aus diesem Grund der irreführende Bruch. Möglicherweise kommen noch persönliche Motive hinzu.

Was bedeutet es für Berlusconi?



Politologe Michele Sorice

conis „Volk der Freiheit“, wenn es schon nach zwei Jahren ihren Mitgründer verliert?

Es ist das Scheitern des Versuchs, eine gemäßigte und moderne Rechte in Italien zu schaffen. Der Bruch besteht ja bereits: Es gibt einerseits eine populistische Rechte und eine institutionelle, europäische Rechte, wie Fini sie repräsentiert.

Hat Finis neue Kleinpartei „Zukunft und Freiheit“ eine Chance?

Bis jetzt ist sie erst eine parlamentarische Gruppierung. Fini wird von Bürgerlichen, einem Teil der Intellektuellen, dem Mittelstand, der die Wirtschaftsreformen von Finanzminister Giulio Tremonti ablehnt, und vielen Unternehmern unterstützt. Die Partei könnte für sie ein Sammelbecken werden und Italiens ver-

schriener Politik ein seriöseres Image verleihen.

Ist eine Versöhnung Berlusconis mit Fini denkbar?

Momentan erscheint mir das unrealistisch. Die vulgären Attacken gegen Fini in *Il Giornale*, die im Besitz der Familie Berlusconi ist, dauern an. Da rückt politischer Spielraum für eine Streitschlichtung in die Ferne. Auch wenn in Italien immer alles möglich ist.

Wie nützt Lega-Chef Umberto Bossi die Krise aus?

Berlusconi wird noch stärker auf Bossi angewiesen sein und in wichtigen Punkten seines Programms nachgeben müssen. Bossi bekommt damit noch mehr Macht in der Regierung.

Sehen Sie einen Nachfolger für Berlusconi?

„Volk der Freiheit“ ist eine Ein-Personen-Partei, daher ist jemand anderer als ihr Gründer schwer vorstellbar. Ein möglicher Kandidat für Berlusconi und Lega-

Anhänger könnte Giulio Tremonti sein. Auch Fini wäre als Chef einer moderaten Rechtspartei denkbar.



Das Gezerre zwischen Silvio Berlusconi (re.) und Gianfranco Fini schwächt Italiens Rechte



Abflug: Mitglieder der Roma-Minderheit am Flughafen Paris Roissy

„Sind die Roma nun Europäer oder doch nicht ganz?“

Frankreich – 93 Roma sind am Donnerstag von Paris und Lyon aus nach Bukarest geflogen worden. Nach der Räumung von 51 nicht genehmigten Siedlungen sollen bis Ende des Monats rund 700 Menschen aus Frankreich in ihre Herkunftsländer zurückgebracht werden.

Mitglieder der französischen Regierung betonten mehrmals, dass es sich dabei um eine „freiwillige Rückführung“ handle und keine Abschiebung. Die Passagiere hätten Geld und Flugtickets von den Behörden zur Verfügung gestellt bekommen.

Aus Bulgarien, wo man ebenfalls Rückkehrer erwartet, kommt Kritik: „Merci. Wir nehmen die Roma gehorsam zurück, was sollten wir sonst tun“,

schreibt die unabhängige Zeitung *Trud*. „Wir sind aber verwirrt. Sind die Roma nun Europäer oder doch nicht ganz?“

Weitere Räumung Unterdessen setzte die Polizei die Räumung illegaler Siedlungen fort. Weitere „Heimflüge“ soll es in den nächsten Tagen geben – heute sollen 132 Roma in die westrumänische Stadt Temesvar fliegen. Eine weitere Gruppe wartet auf ihre Flüge nächsten Donnerstag.

Die französische Familien-Staatssekretärin Nadine Morano schlug nun ein Abkommen zwischen Frankreich und Rumänien über den Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Rumänen vor, die in Frankreich beim Betteln aufgegriffen werden.

Israelische Soldaten sollen Gaza-Flotte geplündert haben

Ermittlungen – „Wenn sich dieser Verdacht als richtig herausstellt, bedeutet dies, dass es ein ernstes Problem in Hinblick auf die Werte in der Armee gibt“, wurde ein namentlich nicht genannter israelischer Offizier am Donnerstag im Onlinedienst *ynet* zitiert. Zuvor hatte ein Armeesprecher Ermittlungen der Militärpolizei gegen einen Offizier bestätigt, der Ende Mai nach der Erstürmung der Gaza-Hilfsflotte Laptops gestohlen und an Kameraden weiterverkauft haben soll. Außer ihm befindet sich noch ein zweiter Soldat in Haft.

Am 31. Mai hatte eine israelische Spezialeinheit das türkische Schiff „Mavi Marmara“ erstürmt und neun Gaza-Aktivisten getötet. Anschließend wurde die gesamte Hilfsflotte in den Hafen Ashdod geleitet. Dort mussten die Besat-

zungen alle ihre persönlichen Gegenstände – wie Laptops, Handys, Fotoapparate – zurücklassen, ehe sie ausgeflogen wurden. Derzeit werde überprüft, ob die gestohlenen Gegenstände von Bord der „Mavi Marmara“ stammen, sagte der Armeesprecher.

Fotos auf Facebook Unterdessen sind auf Facebook weitere Fotos aufgetaucht, die israelische Soldaten gemeinsam mit palästinensischen Gefangenen zeigen. Auch wenn keine Miss-handlungen dokumentiert werden, so handelt es sich doch eindeutig um erniedrigende Darstellungen. Für die Organisation „Lasst uns das Schweigen brechen“ sind die Fotos ein Beleg dafür, dass die Soldaten solche Situationen für normal halten. Auf Seiten der Palästinenser sorgen sie für hellste Empörung.

ÜBERBLICK

Jeder fünfte hält Obama für einen Muslimen

Laut einer aktuellen Umfrage glauben mittlerweile 18 Prozent der US-Bürger fälschlicherweise, ihr Präsident gehöre dem Islam an – wohl wegen dessen zweiten Vornamen Hussein. Voriges Jahr waren es noch elf Prozent. Nur ein gutes Drittel der Amerikaner weiß, dass Obama ein Christ ist – obwohl sich dieser mehrfach öffentlich dazu bekannt hat.

Khamenei will keine Gespräche mit den USA

Das geistliche Oberhaupt des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, sagte am Mittwoch im TV, dass er sich keine Gespräche seines Landes mit den USA in Bezug auf den Atomstreit vorstellen könne. Der Iran wolle verhandeln, aber nicht mit den unaufrichtigen Amerikanern. Diese hatten im Atomstreit zuletzt eine Verschärfung der Sanktionen durchgesetzt.

Britische Regierung bittet Wähler um Rat

Um ihr Vorhaben umsetzen zu können, bis 2015 jährlich umgerechnet 37 Milliarden Euro einzusparen, baut die britische Regierung auf die Kreativität der Bevölkerung: Bis Ende August können Einsparungsvorschläge auf der Homepage des Finanzministeriums gepostet werden. Die besten sollen in den Sparplan einfließen, der Mitte Oktober präsentiert wird.

Zensur für Gewaltfotos in Venezuela

Gestern waren auf dem Titel der Zeitung *El Nacional* keine Bilder zu sehen, dafür das Wort „Zensur“. Das Blatt protestierte gegen ein Gerichtsurteil, wonach Zeitungen – trotz grassierender Kriminalität im Land – keine Gewaltbilder mehr abdrucken dürfen. Das solle Kinder schützen, heißt es. Kritiker sehen eine weitere Einschränkung der Pressefreiheit.

Nationalgarde soll US-Grenze schützen

Zur Bekämpfung des Drogenschmuggels und der illegalen Einwanderung aus Lateinamerika hat Kalifornien am Mittwoch 224 Nationalgardisten an die Grenze zu Mexiko geschickt. Weitere sollen folgen. „Wir brauchen eine dauerhafte Lösung für unser marodes Einwanderungssystem“, forderte Gouverneur Arnold Schwarzenegger.

Kurdische Flüchtlinge auf Luxusyacht

122 Kurden, die vor sechs Tagen an Bord einer Luxusyacht die Türkei verlassen hatten, darunter 35 Kinder, sind in Süditalien gestrandet. Mit einem Schlauchboot wollten sie nahe der kalabrischen Stadt Riace anlegen. Autofahrer, die das Geschehen von der Bundesstraße aus beobachtet hatten, alarmierten die Sicherheitskräfte.